nr. 6 – okt/nov 2018

ecke köpenicker

Seite 3: Probleme mit Touristenbussen Seite 6–8: Bauen, Boden und Genossenschaften
Seite 9: Einschulungsbereiche 2019 Seite 11: Der Lebensretter vom Engelbecken

Ch. Eckelt

Zeitung für das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt. Erscheint achtmal im Jahr kostenlos.
Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung

Bilderrätsel: Gewinner gesucht!

Ch. Eckelt

Welche Ecke?

Sicher kennen Sie sich in Ihrem Kiez gut aus und wissen, wo dieses Foto aufgenommen wurde! Wer weiß, wo sich dieser Ort befindet, schicke die Lösung bitte mit genauer Absenderadresse an die Redaktion: »Ecke Köpenicker«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, oder per Mail an ecke.koepenicker@gmx.net. Unter den Beteiligten verlosen wir einen 20-Euro-Büchergutschein der Buchhandlung im »Aufbau-Haus« am Moritzplatz. Einsendeschluss ist Montag, der 22. Oktober. Unser letztes Bilderrätsel zeigte eine die Wassergasse Nr. 1. Gewonnen hat Ursula Eger – herzlichen Glückwunsch! Der Preis wird Ihnen per Post zugesandt.

Integrationspreis des Bezirks Mitte ausgelobt

Die Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin lobt erneut einen Preis in Höhe von bis zu 2.000,– € für erfolgreiche Projekte und Initiativen zur Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern aus. Noch bis 31. 10. 2018 können Einzelpersonen, Projekte, Vereine und Institutionen für den Preis vorgeschlagen werden.
Vorschlagsberechtigt sind alle Einwohnerinnen und Einwohner mit Wohnsitz in Berlin.
Hauptkriterien für die Vergabe sind: Integrationsfördernde Maßnahmen für den Bezirk Mitte mit hoher und nachhaltiger Wirkung, Originalität der Idee, mögliche Vorbildwirkung und parteipolitische Neutralität.
Die Auswahl trifft eine Jury der Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin. Die öffentliche Übergabe des Integrationspreises wird durch den Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin, Sascha Schug, sowie den Vorsitzenden des Ausschusses für Integration, Dr. Christian Hanke, vorgenommen.
Vorschläge an das Büro der Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin.

Weitere Informationen:
www.berlin.de/ba-mitte
Büro der BVV Mitte von Berlin,
Telefon 901 82 45 57

Offene Mieterberatung

Die kostenlose Beratung der Mieterberatung Prenzlauer Berg GmbH für Mieter im Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt, in den Erhaltungsgebieten Luisenstädtischer Kanal mit Umgebung, Köllnischer Park und Umgebung sowie für Mieter der mit öffentlicher Förderung sanierten Altbauten im Bezirk Mitte erfolgt derzeit im Pfarrsaal der St.-Michael-Kirche, Michaelkirchplatz 15 (Eingang an der Ostseite der Kirche): jeden Montag 15–18 Uhr, jeden 1. und 3. Montag mit Rechtsanwältin.

Termine

Büro KoSP

Für Fragen rund um das Sanierungsgeschehen steht das Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement (KoSP GmbH) telefonisch oder per E-Mail zur Verfügung. Bitte wenden Sie sich hierzu an: KoSP GmbH, Andreas Bachmann, Telefon 33 00 28 39, Urte Schwedler, Telefon 33 00 28 44, luisenstadt@kosp-berlin.de

Betroffenenvertretung (BV) Nördliche Luisenstadt

Die BV trifft sich an jedem dritten Dienstag im Monat um 18.30 Uhr im Optionsraum III der Spreefeld eG im Wilhelmine-Gemberg-Weg 14. Als Interessenvertretung der Bürger ist sie ein wichtiges Gremium im Sanierungsgebiet. Die Sitzungen sind öffentlich, jeder, der dreimal teilgenommen hat, wird stimmberechtigtes Mitglied. Die BV freut sich immer über neue Mitstreiter! Nachfragen und Kontakt: Volker Hobrack, Telefon 275 47 69
Nächste Treffen: Di 16.10. und Di 20.11.

Stadtteilkoordination

Offene Sprechstunde: mittwochs 15–18 Uhr
Kontakt: Sylvia Euler, KREATIVHAUS e.V., Fischerinsel 3, 10179 Berlin, Telefon 238 09 13, stadtteilkoordination@kreativhaus-tpz.de

Die nächste »Ecke Köpenicker«

erscheint Anfang November. Alle bisher erschienenen Ausgaben sind als PDF abrufbar auf der Website www.luisenstadt-mitte.de sowie auf der Website des Bürgervereins Luisenstadt: www.buergerverein-luisenstadt.de

Impressum

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt
Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich
Redaktionsadresse: »Ecke Köpenicker«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, Tel (030) 283 31 27, ecke.koepenicker@gmx.net
Fotoredaktion:
Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de
Entwurf und Gestaltung:
capa, Anke Fesel, www.capadesign.de
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, www.berliner-zeitungsdruck.de
V.i.S.d.P.: Ulrike Steglich
Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

A&O-Hostel sorgt für noch mehr Ärger

Die Anwohner fordern vom Bezirk endlich tragfähige Lösungen, vor allem für den Busparkverkehr

Ch. Eckelt

Seit mindestens sieben Jahren sind etliche Anwohner der Melchior-, Adalbert- und Köpenicker Straße schwer genervt vom A&O-Hostel in der Köpenicker, erst recht, seit die Bettenzahl auf sage und schreibe 1600 fast verdoppelt wurde. Und seit das Hotel eine neue Leitung hat, der die Umgebung offenbar ziemlich egal ist, hat sich die Situation noch zugespitzt. Anwohner klagen über Müllberge und eine täglich lärmende Müllpresse, nachts grölende Insassen und die wachsende Zahl von Spätis im Umfeld, die Alkohol quasi rund um die Uhr an die Touristen verkaufen. Donnerstags bis sonntags nachts werde die Adalbertstraße – quasi als »Club-Highway zur Köpenicker« – vor allem von Taxis viel befahren. Vor allem aber klagen sie über die Reisebusse, die hier nicht nur ihre Passagiere ausladen, sondern teils oft stundenlang bei laufendem Motor sowie Heizung bzw. Klimaanlage stehen, nicht nur in der Köpenicker, und sich Hupkonzerte liefern.
Von der Einführung der Parkraumbewirtschaftung hatten sich insbesondere die Anwohner der Melchior- und der Adalbertstraße (die ausschließlich für Anwohnerparken) zumindest etwas Entspannung der Gesamtsituation erhofft. Umso fassungsloser waren sie, als nun die Busfahrer sich einfach in die neuen Parklücken in beiden Straßen stellten – Anwohnerparkzone hin oder her, und auch die drohenden Bußgelder sind für sie lediglich Peanuts.
Das brachte die Anwohner endgültig auf – auch unsere Redaktion erhielt diverse Briefe zum Thema samt Fotobeweisen. Sie wandten sich an den Bezirk mit der Bitte um Abhilfe. Doch stattdessen wurde ihnen schriftlich mitgeteilt, dass der Bezirk nun das »Mischparken« in der Adalbertstraße prüfe, mit der Begründung, dass es hier schließlich doch einige Gewerbebetriebe mit Kundenverkehr gebe. Zudem erwäge man, dort außerdem vier Stellplätze für die Reisebusse auszuweisen.
Aus der Sicht der Anwohner kommt das einer Kapitulation gleich: »Hier wird der Tourismus auf dem Rücken der Anwohner ausgetragen«, sagt etwa ein Mitglied der Betroffenenvertretung (BV) Nördliche Luisenstadt. Eine Legalisierung des Busparkens in der Adalbertstraße wäre ein »Fanal«. Unverständlich sei, warum Bezirk und Senat nicht durchsetzen, dass Reisebusse den dafür bestimmten Busparkplatz am nahe gelegenen Ostbahnhof nutzen und in der Köpenicker vor dem Hostel lediglich be- und entladen.
Um die Situation im direkten Gespräch zu diskutieren, hatte das Büro KoSP als Gebietsbetreuer nun einen Mitarbeiter des zuständigen Fachamtes in die letzte Sitzung des Sanierungsbeirats eingeladen, jener monatlichen Runde, in der Vertreter des Stadtplanung und der Senatsverwaltung, das KoSP und der Betroffenenvertretung regelmäßig aktuelle Themen besprechen. Es erschien Herr Wulsdorf von der bezirklichen Verkehrsbehörde, der zunächst die Überlegungen bestätigte, die Adalbertstraße zur Mischparkzone samt vier Busstellplätzen umzuwidmen. Dafür solle das Busparken andernorts unterbunden werden und die Melchiorstraße eine Anwohnerparkstraße bleiben.
Die BV monierte, dass hier Fakten geschaffen würden, ohne die Logistik vorher gründlich zu durchdenken – die Notlösungen der Verwaltung gingen dann zu Lasten der Anwohner. Sie machte in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, dass sich spätestens mit dem Neubau der Grundschule in der Adalbertstraße hier die Probleme noch deutlich verschärfen würden, wenn nämlich zahlreiche Eltern ihre Kinder hier mit dem Auto bringen und auch abholen.
Konkrete Vorschläge zur Milderung der Verkehrssituation gab es seitens der BV auch, etwa, die Fahrbahn der Köpenicker so zu verschwenken, dass auf der Seite des Hostels ein breiterer Busstreifen entsteht, um die angrenzenden Wohnstraße zu entlasten.
Hier verwies Herr Wulsdorf darauf, dass eine Umgestaltung der Köpenicker nicht durch den Bezirk veranlasst werden könne – für übergeordnete Hauptstraßen ist die Senatsverkehrsverwaltung zuständig. Er wolle sich aber bei der dortigen Verkehrslenkung für den Vorschlag einsetzen.
Es gab noch einen zweite konkrete Anregung: Da durch die Parkraumbewirtschaftung tatsächlich mehr Platz in der Adalbertstraße entstanden sei, könnte der Bezirk als Übergangslösung den rechten (oder linken) asphaltierten Streifen als zweispurigen Fahrradweg in beide Fahrtrichtungen ausweisen. Dies würde auch die zahlreichen Radfahrer, die täglich die Adalbertstraße passieren, davon abhalten, riskant auf der Gegenfahrbahn zu fahren, um das alte holprige Kopfsteinpflaster zu vermeiden.
Herr Wulsdorf verstand die Probleme der Anwohner gut. Natürlich konnte er hier keine vorschnellen Versprechungen machen, versprach aber, an der Thematik dranzubleiben, und unterbreitete selbst Vorschläge. Nach diesem Gespräch sollen die Busparkplätze in der Adalbertstraße vom Tisch sein. Demnächst sollen auch die Parkflächenmarkierungen nachgebessert werden, die derzeit nicht gut erkennbar sind, weshalb Verstöße nicht geahndet werden können. Geplant sei längerfristig zudem, in der Adalbertstraße im Zuge des Schulneubaus einen verkehrsberuhigten Bereich einzurichten.
Insgesamt jedoch, so räumte er ein, fehle es bislang an Konzepten, wo die zahllosen Reisebusse parken sollen.
Das Thema wird die Anwohner und auch die Betroffenenvertretung wohl noch lange begleiten. *us*

Leser-Ecke

In der letzten Ausgabe veröffentlichten wir einen Leserbrief von Andreas Meier, der die Parkraumbewirtschaftung in der Nördlichen Luisenstadt hart kritisierte. U.a. beklagte er, dass ihm die Pflege seiner alten Tante nun erschwert sei, weil diese in einer reinen Anwohnerparkzone lebe.
Wir baten Sie um Ihre persönlichen Erfahrungen und Ihre Meinung zur Parkraumbewirtschaftung im Gebiet. Daraufhin erreichten uns zahlreiche Mails und auch Anrufe. So teilte uns eine Anwohnerin telefonisch mit, dass das zuständige Bürgeramt des Bezirks Mitte sehr wohl Parkvignetten auch für pflegende Angehörige ausstellt.
Unser Leser Jörg Simon gab dazu noch folgenden hilfreichen Hinweis auf Information im Internet:
www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/aemter/ordnungsamt/ausnahmegenehmigungen-von-der-parkraumbewirtschaftung/artikel.249199.php

Hier veröffentlichen wir weitere Leserbriefe zum Thema.

Erheblich mehr Parkmöglichkeiten

Ich finde die Parkraumbewirtschaftung in der Nördlichen Luisenstadt sehr sinnvoll und voll auf die Bedürfnisse der Bürger zugeschnitten. Es gibt erheblich mehr Parkmöglichkeiten. Hätte alles eher kommen sollen.
Die Beantragung verläuft selbst per Mail problemlos. Auch der Erhalt einer Gästevignette war sehr einfach. Und für Berlin erstaunlich ist die kurze Bearbeitungszeit des Antrages. Bitte auch nicht vergessen, die zuständigen Mitarbeiter beim Bezirksamt sind selbst am Samstag (!!!) im Dienst und rufen bei Fragen sogar zurück oder schicken eine Nachricht. Äußerst lobenswert, da leider ungewöhnlich.
Sicher gibt es Einzelfälle, die manchmal schwer nachzuvollziehen sind. Aber das sind eben Einzelfälle und vielleicht sollten Betroffene auf eine zusätzliche Prüfung dringen. Die bestehenden Regelungen sind grundsätzlich völlig in Ordnung.
Die Bemerkung von Herrn Meier zu diesem Thema in der Septemberausgabe, dass die »ecke köpenicker« ein, jetzt noch einmal wörtlich: »… Hofblättchen der Bezirksverwaltung.« sei, finde ich unmöglich, weil das schlichtweg Unfug ist.
Mit freundlichen Grüßen, Ottmar Steep

Die Kosten sind sehr niedrig

»Die Kritik an der Parkraumbewirtschaftung – wie sie in dem Leserbrief von H. Meier geübt wird – ist für mich nur beschränkt nachvollziehbar. Warum? Weil es für pflegende Angehörige und andere Berechtigte Ausnahmeregelungen gibt, die man z.B. auf der Webseite des Bezirksamtes oder durch Rückfrage dort erfahren kann. Hier der Link dazu: www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/aemter/ordnungsamt/ausnahmegenehmigungen-von-der-parkraumbewirtschaftung/artikel.249199.php Ob das damals im Flyer anlässlich der Einführung der Parkraumbewirtschaftung stand, weiß ich nicht. Auch gab es x-Veröffentlichungen zur Einführung, Flyer und weitere Hinweise. In den Straßen mit Anwohnerparken ist es sicher nicht für die Besucher so bequem, direkt vor der Haustür zu parken. Aber keine Straße, die auch für Nicht-Anwohner Parkplätze bietet, ist sonderlich weit entfernt.
Die Kosten sind mit EUR 20,00 für 2 Jahre sehr niedrig und verschaffen uns mehr Verkehrsberuhigung, weniger Belastungen durch Pendler (was an manchen Stellen sich auch durch einen Rückgang der Vermüllung bemerkbar machen dürfte) und weniger Stress bei der Parkplatzsuche (insbesondere auch tagsüber). Das sind eine Reihe von Vorteilen, die wir nicht vergessen sollten. Wenn die Parkplätze in der Köpenicker Str. wegfallen, werden wir die Freiräume gut gebrauchen können, damit die Anwohner, die dort ihren Parkplatz verlieren, weiter parken können.

Jörg Simon, Facebook-Gruppe »Die Berliner Luisenstadt – ein Stadtteil von Mitte und Kreuzberg«

Tags und nachts spürbar ruhiger

Die Parkraumbewirtschaftung, einst ein von mir eher beargwöhntes Ding, ist eine tolle Sache. Sowohl tags- wie nachts ist der Verkehr spürbar ruhiger. Das kleine Problem, was noch nachgebessert werden könnte: Überraschungsbesuch von Familie oder Freunden mitten in der Woche. Wäre eine Möglichkeit, diese Besuche vom geldlichen Parkuhrendruck zu entlasten. Mein unbürokratischer Vorschlag: Anwohner erhalten dafür Gutscheine und dürften sie bei höherem Bedarf auch nachbestellen.
PS: Dies verbinde ich mit einem ausdrücklichen Dank für Sie und Ihre Kollegen. »ecke« ist die Zeitung, die ich immer wieder gerne und ausführlichst lese!!

Mit sehr freundlichen Grüßen, Johannes Dirschauer, Schmidstraße

Und welche Themen im Gebiet beschäftigen Sie? Haben Sie Anregungen, Hinweise, Fragen oder Kritik, dann schreiben Sie uns: per Post an »ecke köpenicker« c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin oder per E-Mail an: ecke.koepenicker@gmx.net
Wir freuen uns über Ihre Post!

Kommentar

Mehr Mut zur Provinzialität!

Rund 60 % der Zeit, so hört man aus dem Straßen- und Grünflächenamt Mitte, benötigt die Leitungsebene des Amtes bei ihren Gruppensitzungen dazu, über Genehmigungen diverser Veranstaltungen im öffentlichen Raum zu diskutieren. In den letzten Wochen war es wahrscheinlich sogar noch mehr – da ging es um das Projekt »Dau«, bei dem im Oktober die Berliner Mauer im historischen Kern der Stadt wieder aufgerichtet werden sollte. Für die Kunst und nur vorübergehend, dafür aber von vielen prominenten Fürsprechern unterstützt.
Der Bezirk hat das Projekt erst mal abgelehnt und sich dadurch unter anderem dem Vorwurf der Provinzialität ausgesetzt. Auch von »fortschreitendem Okkultismus der Macht« war die Rede und von einem »unglaublichen Zeichen von Schwäche«. Dabei fehlte den beteiligten Verwaltungen schlicht die Zeit, innerhalb weniger Wochen vor allem die komplexen Sicherheitsaspekte des Vorhabens auszuloten. Die Katastrophe der »Love-Parade« in Duisburg soll sich schließlich nicht im Zentrum der Hauptstadt wiederholen. Jetzt soll ein neuer Anlauf unternommen werden und eine reduzierte Variante für das kommende Jahr beantragt werden.

Etliche Bürger von Mitte dürften das Schauspiel mit klammheimlicher Freude wahrgenommen haben: Es trifft auch mal »die Promis«. Denn in den letzten Monaten und Jahren werden im Bezirk ständig Projekte aufgeschoben und zurückgestellt, weil das Straßen- und Grünflächenamt personell nicht in der Lage ist, sie zu bearbeiten: Die Sanierung von Grünflächen und Spielplätzen bleibt genauso liegen wie die Schaffung von Aufenthaltsqualität im Straßenland, von der Einrichtung von vernünftigen Radwegen ganz zu schweigen. Der Verdacht keimt auf, dass das nicht nur mit Pensionierungen und dem mangelndem Nachwuchs an Bauingenieuren zu tun hat, sondern auch mit den vielen Events im historischen Zentrum, die die Kapazitäten der Amtsleitung auslasten und die stets von »überragender Bedeutung« sind.
Wieso, fragt sich so mancher, muss sich der Bezirk überhaupt mit solchen »Groß-Events« wie dem Dau, der Ausrichtung der nationalen Feierlichkeit zum 3. Oktober oder dem Berlin-Marathon befassen? Wieso kümmern sich nicht ausschließlich die Mitarbeiter des Senats darum? Die sind ja meist auch gleich drei Gehaltsstufen höher eingruppiert als ihre Kollegen in den Bezirken und müssten deshalb eigentlich qualifiziert genug sein. Man wünscht sich ab und an mehr Mut zur Provinzialität im Bezirk und den Hinweis darauf, dass die wenigen Bauingenieure des Bezirks derzeit mit der Ausschreibung von Straßenbauarbeiten in der Ungarnstraße beschäftigt sind und daher jetzt nicht »mal eben schnell« berechnen können, wie sich tonnenschwere Mauerelemente auf den Untergrund Unter den Linden auswirken würden. *cs*

Bildecke

»Bremer Höhe« heißt ein denkmalgeschütztes Ensemble von Wohnhäusern, die zwischen 1870 und 1913 in Prenzlauer Berg an der Schönhauser Allee errichtet wurden. Anlass der Gründung der Wohnungsbaugenossenschaft Bremer Höhe im Jahr 2000 war die Privatisierung von 520 Wohnungen nach dem »Altschuldenhilfegesetz«.

Ch. Eckelt

»Wie zuverlässig ist die Politik?«

Ein Interview mit Ulf Heitmann, Vorstand der Wohnungsbaugenossenschaft »Bremer Höhe«

Herr Heitmann, Der Preis für Bauland in Berlin schießt in dieser Zeit scheinbar ungebremst in die Höhe, allein im letzten Jahr um mehr als 70 %. In den letzten beiden Jahren stieg der Bodenrichtwert für innerstädtische Grundstücke mit Geschosswohnungsbau sogar um 145 %. Was ist da los?

Ulf Heitmann: (zuckt mit den Achseln) Was soll ich sagen – Kapitalismus?

Als die Bremer Höhe Ende 1999 von der Wohnungsbaugesellschaft Prenzlauer Berg (WIP) im Rahmen des Altschuldenhilfegesetzes an einen privaten Investor verkauft wurde, betrug der Kaufpreis 27,75 Millionen DM, heute 14,1 Millionen Euro. Wir haben uns damals als Genossenschaft gegründet und mit viel Mühe, mit Zuschüssen, Investitionszulage und großer Unterstützung durch die Politik diesen Betrag und den noch größeren für die Sanierung zusammengebracht, um in den Kaufvertrag eintreten zu können. Damals gab es noch hier und da die Kritik, dass das zu teuer sei. Heute sind allein die Grundstücke schon zehnmal so teuer. Der Bodenrichtwert lag in unserer Gegend Anfang 2018 bei 5.500 Euro/qm und steigt seitdem immer weiter.

Manche Experten meinen, das läge vor allem an den niedrigen Zinsen …

Viele Reiche wissen nicht mehr, wohin mit dem vielen Geld, weil die Staaten immer weniger Schulden machen und kaum noch Zinsen zahlen. Also wird in Grundstücke investiert. Der Berliner Bodenmarkt verzeichnet quartalsweise zweistellige Zuwachsraten. Das ist ein internationales Phänomen und betrifft nicht nur die Städte. Inzwischen sind auch Ackerflächen und Wälder sehr begehrt, die enorm im Wert steigen.

Auch Rentenfonds und Versicherungen investieren zunehmend in Immobilien. Ebenso kleine Anleger, die ihr Geld gern in Wohneigentum anlegen. Hier scheint es für Preissteigerungen ebenfalls keine Grenzen zu geben. Inzwischen kostet ja selbst eine Hinterhauswohnung in Prenzlauer Berg oft schon 5–6000 Euro/qm – und findet tatsächlich auch Käufer. Für Wohnungen z.B. am Leipziger Platz werden inzwischen Mieten von bis zu 25 Euro/qm verlangt.

Was aber passiert, wenn die Zinsen wieder steigen? Sinken dann die Bodenwerte wieder?

(lacht) In Paris wurden vor der letzten großen Krise im Jahr 2008 Spitzenpreise von 25.000 Euro/qm gezahlt. Nach der Krise waren es »nur noch« 22.000 Euro. Auch in Hochzinsphasen oder nach dem Platzen von Immobilienblasen sinken die Preise kaum.

Trotz der Wohnungsknappheit in Berlin lassen die Eigentümer Grundstücke oft länger brach liegen, bevor sie bauen …

Kein Wunder: der Grundstückswert steigt ja trotzdem. Meines Erachtens könnte die Gemeinde Baugebote verhängen, aber wer will das durchsetzen? Es fehlt an Erfahrung und auch an Personal. Das geht soweit, dass schon Fristen beim Vorkaufsrecht verpasst wurden. Derzeit sind da in Berlin nur punktuelle Eingriffe möglich – strukturell hat sich nichts geändert. Das Land hätte in den 90er Jahren sein Vorkaufsrecht viel stärker ausüben müssen – doch das war damals politisch nicht gewollt. Stattdessen wurden kommunale Immobilien und Grundstücke in großem Maßstab verkauft. Aber irgendwann ist das Privatisierungsportfolio leer. Berlin hat nur noch 9000 eigene Grundstücke, und Schulen usw. müssen ja auch gebaut werden.

Werden in der Bremer Höhe noch Wohnungen frei?

Ganz selten. Es zieht kaum noch jemand aus – bei den Mietpreisen in der Umgebung ist das auch kein Wunder. Selbst Familien mit drei Kindern bleiben lieber in ihrer Drei-Zimmerwohnung, weil in der Umgebung die Mieten für sie unerschwinglich sind – 14 bis 17 Euro/qm nettokalt bei Neuvermietungen sind inzwischen üblich. Auch Trennungen sind in so einer Situation kompliziert. Das bedeutet für viele Menschen eine zunehmende Unfreiheit in ihrer Lebensführung. Da bekommt das Wort »wohnhaft« eine ganz neue Bedeutung.

Baut die Genossenschaft eigentlich, und wie teuer sind dann die Neubauwohnungen?

In Hobrechtsfelde, also kurz hinter Berlin-Buch und schon in Brandenburg, hat die Bremer Höhe 2013/2014 einen Neubau mit neun Wohnungen errichtet – für Baukosten von rund 2.400 Euro/qm, allerdings ohne Keller. Die Bewohner zahlen eine Nettokaltmiete von 8–8,50 €/m². Die Genossenschaftsanteile liegen bei 5–10.000 € je nach Wohnungsgröße.

Derzeit bereiten wir ein weiteres Bauvorhaben vor. Aufgrund der extrem gestiegenen Baupreise sieht hier die Finanzierung ganz anders aus: Die Mitglieder müssen 450 Euro/qm als Eigenanteil übernehmen, die Genossenschaft bringt ebenso viel auf und eine Miete beträgt 9,50 Euro/qm nettokalt. Die Baukosten steigen derzeit so rapide, dass ohne massive öffentliche Förderung die Errichtung preiswerter Neubauten gar nicht mehr möglich ist.

Auch in Berlin bauen junge Genossenschaften neu, beispielsweise an der »Schöneberger Linse« unweit des Südkreuzes. Dort beträgt der Eigenanteil 755 Euro und die Mieten schwanken später, je nach Lage und Ausstattung der Wohnung, zwischen 9,50 Euro und etwa 14 Euro nettokalt. Dort muss aber auch ein Viertel der Fläche für 6,50 Euro für soziale Wohnzwecke zur Verfügung gestellt werden, was bei der derzeitigen Förderung nicht auskömmlich ist, d.h. die Kosten der geförderten Wohnungen werden auf die Miete der Genossenschaftler umgelegt. Das kann nicht Sinn der Förderung sein.

»Als wir vor der Wende in Prenzlauer Berg in der Opposition über Wohnungspolitik diskutierten, stellten wir uns vor, dass die Mieter die Verfügungsgewalt über die Häuser selbst übernehmen sollten … Der generelle Ansatz wäre nicht Verstaatlichung, sondern Vergesellschaftung.«

Ist nicht auch die Genossenschaft »Studentendorf Schlachtensee« am Bau von zwei Studentenwohnheimen in der Amrumer Straße im Wedding beteiligt?

Sie war an der Planung beteiligt und sollte eigentlich die Häuser nach Fertigstellung betreiben. Durch die steigenden Baupreise ging aber die ursprüngliche Kalkulation nicht auf und die GEWOBAG als eigentlicher Bauherr musste die Zusammenarbeit mit der Genossenschaft aufkündigen, weil sie deren Kosten nicht mehr übernehmen konnte. Der Senat ist aber auch nicht von den starren Mietvorgaben abgerückt, die am Anfang – natürlich auf der Grundlage der damaligen Baupreise – vereinbart wurden. Die Genossenschaft hat deshalb viel Zeit, Geld und Energie verloren, und ich weiß nicht, wie die GEWOBAG die beiden Häuser künftig betreiben will, wenn sie dafür keine Mittel zur Verfügung hat.

Der Senat hat erst kürzlich beschlossen, künftig nicht mehr nur die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften, sondern auch Genossenschaften als bevorzugte Partner bei der Vergabe von Grundstücken in »Konzeptverfahren« zu behandeln. Eröffnet das nicht für die Berliner Genossenschaften neue Möglichkeiten, künftig aktiver zu werden?

Meiner Erfahrung nach werden von der Verwaltung die Wohnungsbaugesellschaften bevorzugt. Wir spüren sehr viel Misstrauen und wenig Neugier. Erst kürzlich durfte ich mir von einer leitenden Mitarbeiterin der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen anhören: »Ihr seid ja auch bloß privat.« Dabei wurden nach der Wende vor allem die Bestände der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften Berlins von fast 500.000 im Jahr 1990 auf 260.000 im Jahr 2007 abgebaut, während die Genossenschaften trotz des Privatisierungszwangs durch das Altschuldenhilfegesetz im Osten ihre Bestände auf inzwischen rund 190.000 Wohnungen ausgebaut haben. 45 der 80 größeren Wohnungsgenossenschaften bauen derzeit.

Wer also sichert in der Stadt langfristig bezahlbaren Wohnraum, wer ist da der stabile Partner? Der derzeitige Senat stockt zwar den kommunalen Wohnungsbestand wieder auf – auf inzwischen wieder rund 300.000 Wohnungen. Aber politische Mehrheiten können sich ändern und der Abverkauf erneut beginnen. Genossenschaften dagegen pflegen und erhalten ihre Bestände und bauen sie aus. Und es gibt auch noch andere Rechtsformen, die die Grundstücke den Marktmechanismen entziehen und dadurch stabile Mieten sichern, etwa besondere Stiftungen oder Gesellschaften wie das »Mietshäuser Syndikat«.

Der Senat will jetzt nur noch langfristige Erbpachtverträge abschließen und kommunale Grundstücke nicht mehr verkaufen. Dazu hat er den Pachtzins für die nächsten 20 Jahre für Wohnzwecke um die Hälfte gesenkt. Erleichtert er damit auch den Wohnungsbau durch Genossenschaften?

Wenn die Bodenwerte explodieren, nutzt das wenig. Denn dann steigt ja auch der Verkehrswert, auf dessen Grundlage der Pachtzins ermittelt wird. Bei einem Bodenrichtwert von 5000 Euro/Quadratmeter schlägt sich auch dieser halbierte Pachtzins je nach Bebauungsdichte mit vier bis fünf Euro pro Quadratmeter auf die Monatsmiete durch. Damit kann man keine bezahlbaren Mieten anbieten – langfristig schon gar nicht, weil sich ja der Verkehrswert weiter erhöht und die Pachtzinsen später drastisch ansteigen können. Nach der Wende drohte der Luisenstadt eG in Kreuzberg deshalb schon mal eine Verzehnfachung der Pacht, was damals aber durch politische Intervention verhindert wurde. Wer aber garantiert, dass der Senat in zwanzig Jahren ähnlich vorgehen wird?

Und was ist die Alternative? Wie kann das Land Berlin dafür sorgen, dass in der Stadt langfristig bezahlbarer Wohnraum entsteht?

Wie man die Welt retten kann, weiß ich auch nicht.

Als wir vor der Wende in Prenzlauer Berg in der Opposition über Wohnungspolitik diskutierten, stellten wir uns vor, dass die Mieter in für sie überschaubaren Organisationseinheiten die Verfügungsgewalt über die Häuser selbst übernehmen sollten. Das ist uns in der Bremer Höhe später auch gelungen. Aber leider sind wir der Ausnahmefall geblieben.

Der generelle Ansatz wäre nicht Verstaatlichung, sondern Vergesellschaftung. Derzeit gibt Deutschland beispielsweise 17 Milliarden Euro jährlich für Wohngeld aus – Geld, das an den Vermieter geht und damit auch weiter die Mieten hochtreibt. Und die Frage ist ja letztlich auch, wie zuverlässig die Politik ist. Wer weiß schon, was sie in fünf Jahren macht?

Interview: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich

Boden und Politik

Auf dem Stadtforum präsentiert der Senat seine Liegenschaftspolitik

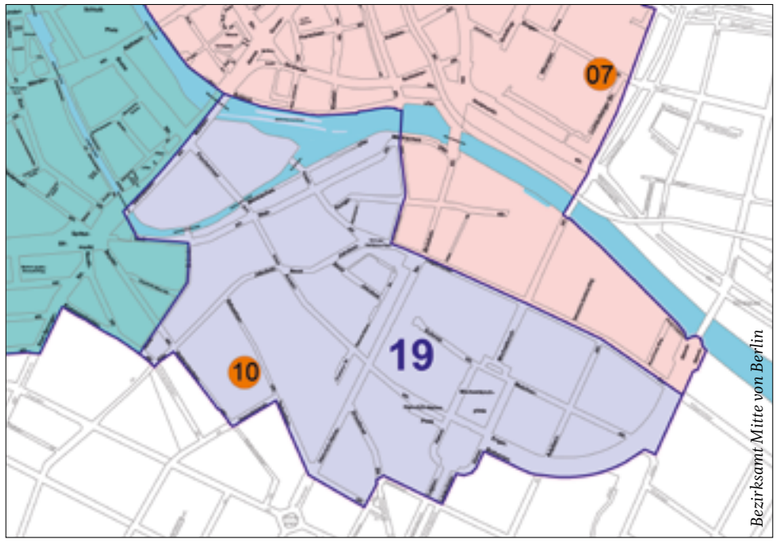
Das Land Berlin hat im letzten Jahrzehnt in wohl keinem anderen Politikfeld so eine scharfe Wende vollzogen wie in der Bodenpolitik. Das wurde beim Stadtforum am 18. September deutlich, das sich im Friedrichshainer Veranstaltungszentrum Kosmos mit dem Thema »Boden« beschäftigte. Dort erklärte die Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen Katrin Lompscher die aktuelle Strategie des Senats, ihr zur Seite stand der Senator für Finanzen Matthias Kollatz.

Der Berliner Bodenmarkt ist außer Rand und Band. Das Schaubild zur Preisentwicklung an der großen Leinwand zeigte eine krasse Kurve, die sich Jahr für Jahr immer steiler nach oben reckt. Gleichzeitig, so erläuterte Professor Guido Spars aus Wuppertal, gehe die verkaufte Fläche fast genauso rapide zurück. Der Teufelskreis aus steigender Nachfrage und sinkendem Angebot gehe auch 2018 weiter, bis Ende Mai seien die Bodenrichtwerte jedenfalls erneut um 21% angestiegen. »Berlin«, so fuhr der Professor für die Ökonomie des Planens und Bauens fort, »rangiert international inzwischen ganz oben auf der Hitliste der Immobilienbranche. Deren Protagonisten begründen ihr Interesse aber auch mit den großen Flächenpotenzial der Stadt.« Im Vergleich zu London, Paris und den meisten anderen Metropolen der Liga, in die die deutsche Hauptstadt preislich aufrückt, habe Berlin noch viele Flächen anzubieten. Insgesamt 54 Milliarden Euro seien im vergangenen Jahr aus dem Ausland in den Ankauf von Immobilien im vermeintlich »sicheren Hafen Deutschland« geflossen – und davon zehn Milliarden nach Berlin. Hier stamme schon 58% des Umsatzes der Immobilienbranche von internationalen Anlegern.

Nach der neoliberalen Wirtschaftslehre müsste jetzt eigentlich der Staat eingreifen und den Markt beruhigen, in dem er massenweise Bauland verkauft, damit die Preise wieder fallen. Angesichts der globalen Nachfrage wären die knappen öffentlichen Bodenreserven dann aber im Nu weg, ohne dass sich irgendetwas ändern würde. Berlin macht genau das Gegenteil, wie der Finanzsenator zuvor dargestellt hatte. Nach der neuen »transparenten Liegenschaftspolitik« des Senats verkauft das Land grundsätzlich keine Grundstücke mehr an Dritte, sondern vermehrt im Gegenteil seinen Grundbesitz – das »Haus der Statistik«, das vom Bund erworben wurde, ist dafür ein erstes Beispiel, oder auch die Mietshäuser in Milieuschutzgebieten, die über die Ausübung von Vorkaufsrechten in den Bestand der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften übergehen. Vergibt die Stadt dagegen Immobilien, so schließt sie künftig in der Regel langfristige Erbpachtverträge. Dabei verbleiben die Grundstücke im Landesbesitz, nur die darauf errichteten Gebäude gehen an die Vertragspartner. Die zu zahlende Erbpacht wurde per Senatsbeschluss zuletzt um die Hälfte reduziert, bei Wohngrundstücken beträgt sie zum Beispiel nur noch 2,25% des festgestellten Verkehrswertes pro Jahr. Vergeben werden diese Pachtverträge in »Konzeptverfahren«, also nicht an den Meistbietenden, sondern an den mit dem besten Konzept.

»Noch vor wenigen Jahren waren das ziemlich radikale Ideen«, kommentierte die Moderatorin Frauke Burgsdorff. »Kaum einer von uns hätte damals geglaubt, dass die tatsächlich die Politik Berlins bestimmen sollten.« Im Jahr 2004 hatte das Land noch die Wohnungsbaugesellschaft GSW mit ihren 65.000 Wohnungen privatisiert, im Jahr 2009 waren noch Plattenbauten mit öffentlicher Förderung abgerissen worden. Im Jahr 2011 gründete sich die Initiative »Stadt Neudenken«, die seitdem sehr erfolgreich die Neuausrichtung der Berliner Liegenschaftspolitik vorantreibt. Schon ein Jahr darauf stellte das Land die »Politik des Abverkaufs« (Kollatz) ein und ging in den Folgejahren schrittweise zur neuen Liegenschaftspolitik über. Dabei ist sie inzwischen an den Grenzen dessen angelangt, was einer Landesregierung möglich ist. Um noch weiter zu gehen – Katrin Lompscher brachte zum Beispiel die Ausweisung von »Vorkaufsrechtsgebieten« in die Debatte, in denen ähnlich wie in Milieuschutzgebieten die Kommune besondere Vorkaufsrechte hätte – müsste freilich Bundesrecht geändert werden. Über den Bundesrat ist Berlin derzeit an verschiedenen Fronten aktiv. Matthias Kollatz verwies in diesem Zusammenhang auf Erfolge. So sei es beispielsweise gelungen, den Verkauf des Dragoner-Areals in Kreuzberg an Privatinvestoren zu verhindern: »Das war das erste Mal, dass der Bundesrat eine Vorlage zurück gewiesen hat, weil eine Mehrheit der Länder eine Änderung der Liegenschaftspolitik des Bundes fordert.«

Denn auch andere Metropolen in Deutschland stehen vor ähnlichen Problemen. Davon konnten auf den Foren Vertreter aus Hamburg, Frankfurt und München berichten. Dort explodieren die Preise zwar nicht ganz so schnell wie in Berlin. Das liegt aber vor allem daran, dass sie dort schon in der Vergangenheit stark nach oben geschossen sind. Und weil auch Städte wie Kiel oder Mainz oder Stuttgart mit diesem globalen Sog kämpfen müssen, stehen die Chancen gar nicht so schlecht, dass sich auch an der Bundesgesetzgebung etwas ändern lässt. *cs*



Einschulung 2019

Anmeldung bis zum 17. Oktober

Im kommenden Jahr werden die Kinder schulpflichtig, die zwischen dem 1. Oktober 2012 und der 20. September 2013 geboren sind. Bis zum 17. Oktober müssen sie in der für sie zuständigen Grundschule angemeldet werden – und zwar auch dann, wenn das Kind später eine andere Schule besuchen soll. Das kann man bei der Anmeldung schriftlich beantragen, genauso wie eine Zurückstellung von der Schulpflicht oder eine vorzeitige Aufnahme.

Die steigende Zahl der Schülerinnen und Schüler im Bezirk Mitte hat in diesem Jahr in weiten Teilen des Bezirks zu einer Neuordnung der Einschulungsbereiche geführt. In der Nördlichen Luisenstadt bleibt jedoch vorerst alles beim Alten. Die City-Grundschule in der Sebastianstraße (die Nummer 10 auf der Karte) war zwar schon im vergangenen Schuljahr zu 107% ausgelastet und hat Ende August insgesamt fünf neue Klassen aufgenommen – obwohl sie eigentlich nur für 2,5 Klassen pro Jahr ausgelegt ist. Spätestens zum Schuljahr 2019/20 ist jedoch die Aufstellung von Containern geplant, um den Bedarf an Schulplätzen kurzfristig zu decken. Die Container dienen als Übergangsmaßnahme bis zur Fertigstellung eines Anbaus an der City-Grundschule sowie dem geplanten Schulneubau in der Adalbertstraße.
Das Gebiet nördlich der Köpenicker Straße bis zur Straße Am Köllnischen Park gehört zum Einschulungsbereich der GutsMuts-Grundschule in der Singerstraße (Nummer 07 auf der Karte). Der Einzugsbereich wurde verkleinert, allerdings an seiner westlichen Seite in der Nähe der Karl-Liebknecht-Straße. Auch bei der GutsMuts-Grundschule ist ein Erweiterungsbau im Rahmen eines gemeinsamen »Campus-Konzepts« mit dem benachbarten Max-Planck-Gymnasium in der Diskussion. Die Kinder, die westlich der Neuen Grünstraße wohnen, sollen dagegen in die Grundschule am Brandenburger Tor eingeschult werden, deren Einschulungsbereich unverändert blieb. In dem Beschluss des Bezirksamts zur Neuordnung der Schuleinzugsbereiche heißt es jedoch, dass aufgrund der prognostizierten Entwicklung der Schülerinnen und Schüler im Grundschulalter und der geplanten Kapazitätserweiterungen durch Schulneubauten und -erweiterungen sich in den kommenden Jahren jährliche Anpassungen der Einschulungsbereiche voraussichtlich nicht vermeiden lassen.

Bei der Anmeldung ihrer Kinder können die Eltern auch andere Schulen angeben. Aber nur wenn in der Wunschschule und in ihrem Einschulungsbereich noch freie Plätze vorhanden sind, können dort Kinder aus anderen Bereichen aufgenommen werden. Dabei entscheidet der Bezirk in Absprache mit den Schulleitern nach folgenden Kriterien:
1) Der Besuch der zuständigen Grundschule würde längerfristig gewachsene, stark ausgeprägte persönliche Bindungen zu anderen Kindern, insbesondere zu Geschwistern, beeinträchtigen.
2) Die Erziehungsberechtigten wünschen ausdrücklich ein bestimmtes Schulprogramm, ein bestimmtes Fremdsprachenangebot oder eine Ganztagsgrundschule in gebundener Form oder offener Form oder eine verlässliche Halbtagsgrundschule.
3) Der Besuch der gewählten Grundschule würde die Betreuung des Kindes wesentlich erleichtern, insbesondere auf Grund beruflicher Erfordernisse.
4) Im Übrigen entscheidet das Los. *cs*

Auf der Website des Fachbereich Schule im Schul- und Sportamt des Bezirks Mitte (www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/aemter/schul-und-sportamt/schule) findet man einen in blauer Schrift hervorgehobenen Link zu einem alphabetisch geordnetes Straßenverzeichnis, das hausnummerngenau die Einschulungsbereiche zuweist. Die her im Auszug abgebildete Karte findet sich unter den dokumentierten Beschlüssen des Bezirksamts vom 21. August 2018 (www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/bezirksamt/beschluesse-des-bezirksamts/2018/artikel.744111.php) als »Anlage 1 zur BA-Vorlage 534/2018«.

Spritzen-Abfalleimer in Mitte aufgestellt

Immer wieder beschweren sich Bürger über weggeworfene Spritzen und anderes Drogenbesteck auf Spielplätzen, in öffentlichen Parks und Grünflächen und anderen Orten. Die herumliegenden Spritzen sind nicht nur ein Ärgernis, sondern auch sehr gefährlich: Man kann sich daran verletzen (wie jüngst ein kleiner Junge in Kreuzberg) und sich auf diesem Weg auch infizieren, beispielsweise mit HIV oder Hepatitis.
Um diese Gefahr zu mindern, werden jetzt an besonders drogenbelasteten Orten besondere Spritzenentsorgungseimer aufgestellt, nun auch in Mitte.
In den Abfallbehältern sollen die Benutzer der Drogenbestecke möglichst die gebrauchten und verunreinigten Spritzen entsorgen. Die Behälter haben oben nur eine sehr kleine Öffnung, so dass das Drogenbesteck hineinpasst, man aber nicht mit den Händen hineingreifen kann. Die Streetworker des in der Drogenhilfe erfahrenen Vereins Fixpunkt e.V. sollen die Konsumenten über die neuen Entsorgungseimer und deren Standorte informieren und die Behälter auch leeren.
Auch in der Luisenstadt wurde ein solcher Eimer aufgestellt: auf der Grünfläche vor dem Märkischen Museum. *us*

Ch. Eckelt

Transformation im Bärenzwinger

Ausstellung »Akive Asche« noch bis 21.10.

Seit über einem Jahr gehört der Bärenzwinger im Köllnischen Park zum Verantwortungsbereich des bezirklichen Amtes für Weiterbildung, Kultur, Umwelt, Natur, Straßen und Grünflächen. Der seit dem Tod des letzten Stadtbären verwaiste Zwinger wird seitdem als Ausstellungs- und Veranstaltungsort für wechselnde, experimentelle Kunstprojekte genutzt, die auf den Ort Bezug nehmen sollen.

Die aktuelle Ausstellung mit dem Titel »Aktive Asche« der Künstler Mariechen Danz und Johannes Paul Raether ist kombiniert mit diversen Kunstaktionen und noch bis 21. Oktober zu sehen.
Was den Kunstinteressierten erwartet? Wir zitieren aus dem Begleittext zur Ausstellung:

»Im Zentrum der Ausstellung ›Aktive Asche‹ von Mariechen Danz und Johannes Paul Raether featuring KAYA stehen verschachtelte Transformationsprozesse, die bestehende Konzepte und Materialien aus den Praxen der Künstler*innen weitertreiben, verwandeln, zersetzen und verglühen. Ausgangspunkt sind Verkörperung und deren Sprache, rituelle Handlungen sowie eine temporäre Schaffung von Gemeinschaft. Im Bärenzwinger schließen sie ihre individuellen Kosmologien zusammen und geben ihre formwandlerischen Qualitäten in einen gemeinsamen Prozess.
In Mariechen Danz' Praxis fungiert der Körper als Untersuchungsort von Kommunikation und Wissenstransfer. Im Außenbereich ist die Tonfigur ›Womb Tomb‹ aufgebahrt. In mehreren Stadien absorbiert sie Informationen aus der Umgebung und wandelt ihre Form bis hin zu korallenartiger Fossilisation. Darüber spannt sich eine Abdeckung mit digitalen Drucken von Danz, KAYA und Raether.
In einer Erscheinung von Transformalor, die Johannes Paul Raethers Figuration als SelfSister Transformellae seit 2010 verfolgt, stellen sich seine/ihre Wächterinnen als Rekombinationen in den Bärenkäfigen neu auf, wo das plurale Wesen über den globalen Markt menschlicher Reproduktion, ›ReproReality‹, und die kommende ›Reprovolution‹ lehrt. In einer zweiten Appearance gabelt Transformalor sich – im Moment der eigenen Einäscherung – in eine mögliche Verkörperung entropischer Identität.
KAYA agiert zugleich als fiktionaler und konkreter Körper, der durch materielle Prozesse sowohl formale und malerische als auch metabolische Vorgänge in seine Identitätsproduktion miteinbezieht. KAYAs ›OraKcle Paintings‹ (›Catacomb Mirrors‹) tragen die Soundarbeit von Nicolas An Xedro und die Wünsche der Teilnehmenden eines im TROPEZ im Sommerbad Humboldthain entstandenen Workshops. Als (Wunsch-)Bilder schaffen sie im Innenbereich des Bärenzwingers einen Tonraum und behaupten sich als Sound Paintings in einem fiktiven und metaphorischen Heilungsprozess, der in der Performance ›– KAYA_YO-NAH YO-HO (Healing performance for a sick painting)‹ kulminiert.

Nun denn. Wer sich also in einen solchen Heilungsprozess begeben möchte, samt individuellen Kosmologien, Fossilisation, Transformalor, Reprovolution, Rekombination und entropischer Identität, dem sei ein Besuch des Bärenzwingers wärmstens empfohlen. *us*

»Aktive Asche«, von Mariechen Danz und Johannes Paul Raether featuring KAYA (Kerstin Brätsch und Debo Eilers) mit Nicolas An Xedro bis 21. Oktober, di–so 12–18 Uhr, Eintritt frei, Bärenzwinger im Köllnischen Park

Dreitägiges Symposium zum Bärenzwinger im Oktober

Seit September 2017 ist der bezirkliche Fachbereich Kunst und Kultur zuständig für den Bärenzwinger im Köllnischen Park. In dieser Zeit wurde er als Ort der künstlerischen Zwischennutzung für wechselnde Ausstellungen genutzt. Nun veranstaltet der Fachbereich Kunst und Kultur ein dreitägiges Symposium, gefördert durch die Senatsverwaltung Berlin im Rahmen des europäischen Kulturerbejahres 2018, um eine kritische Bestandsaufnahme vorzunehmen und künftige Nutzungsperspektiven zu diskutieren.
Hierzu teilt der Fachbereich mit: »Als denkmalgeschützter Ort, der eine starke stadtgeschichtliche Verankerung besitzt, bewegt sich der Bärenzwinger im Spannungsfeld zwischen vergangener, gegenwärtiger und zukünftiger Funktion und Nutzung. Damit besitzt er durchaus übergreifenden Modellcharakter, wirft er doch die Frage auf, welche Möglichkeiten und Potentiale der (Zwischen-)Nutzung Orte entfalten können, die so stark in ihrer spezifischen geschichtlichen Identität verankert sind.
Durch die Umwertung und Neupositionierung als Kulturstandort für zeitgenössische Kunst hat der Bärenzwinger eine grundlegende Veränderung durchlaufen und findet heute eine große Öffentlichkeit.«
Folgendes Programm ist geplant:
Am ersten Tag wird das bisherige Ausstellungsprogramm aufgearbeitet. Am zweiten Tag werden exemplarisch am Bärenzwinger die vielseitigen und oft widersprüchlichen Zusammenhänge zwischen Kulturpolitik, Gesellschaft und Kunst im öffentlichen Raum diskutiert. Am dritten Tag findet ein Arbeitstreffen statt, bei dem zukünftige Potentiale und Nutzungsperspektiven des Bärenzwingers gemeinsam diskutiert werden.
Das Treffen wird von Dr. Ute Müller-Tischler, der Fachbereichsleiterin für Kunst und Kultur des Bezirksamtes Mitte moderiert. *us*

Symposium
24. und 25. Oktober: Märkisches Museum
26. Oktober: Bärenzwinger

Der Lebensretter vom Engelbecken

Das Leben des Polizeileutnants Höhn in Berlin und Japan

Als Reviervorsteher erstattete der damalige Polizeileutnant Friedrich Wilhelm Höhn am 11. Oktober 1876 Meldung:
»Nachmittags 5 Uhr, fiel der Knabe Johann Karl Dröhnlich von der Freitreppe vom Michaelkirchplatz aus in das Engelbecken, wurde aber von einem Vorübergehenden, welcher dem Knaben nachsprang, ohne Schaden genommen zu haben, gerettet und seiner Mutter übergeben.« Höhn verschwieg in seiner Meldung, wer der Lebensretter gewesen war, obwohl er es wusste.
Ich hätte von dieser Geschichte niemals erfahren, wenn ich mich nicht mit meinem japanischen Fußballfreund Jun Yoshioka zu einem Besuch in der Mori-Ogai-Gedenkstätte verabredet hätte. Denn noch bis zum 20. Dezember kann man dort eine Sonderausstellung besichtigen: »Ein preußischer Polizeihauptmann in Japan. Friedrich Wilhelm Höhn. Eine Spurensuche 1885–91«.
Der Schriftsteller Mori Ogai und der Polizist Höhn waren Zeitgenossen und haben die deutsch-japanische Freundschaft begründet. Für beide war der Politiker Aritomo Yamagata eine Schlüsselfigur. Er holte Höhn nach Japan und hat später einen Gedenkstein für ihn entworfen. Für Ogai war Aritomo ein Freund und ist sogar als »Graf Amakata« in seiner wichtigsten Berliner Novelle »Das Ballettmädchen« verewigt.

Archiv F. Hennig

Ein preußischer Beamter in der Mori-Ogai-Gedenkstätte.

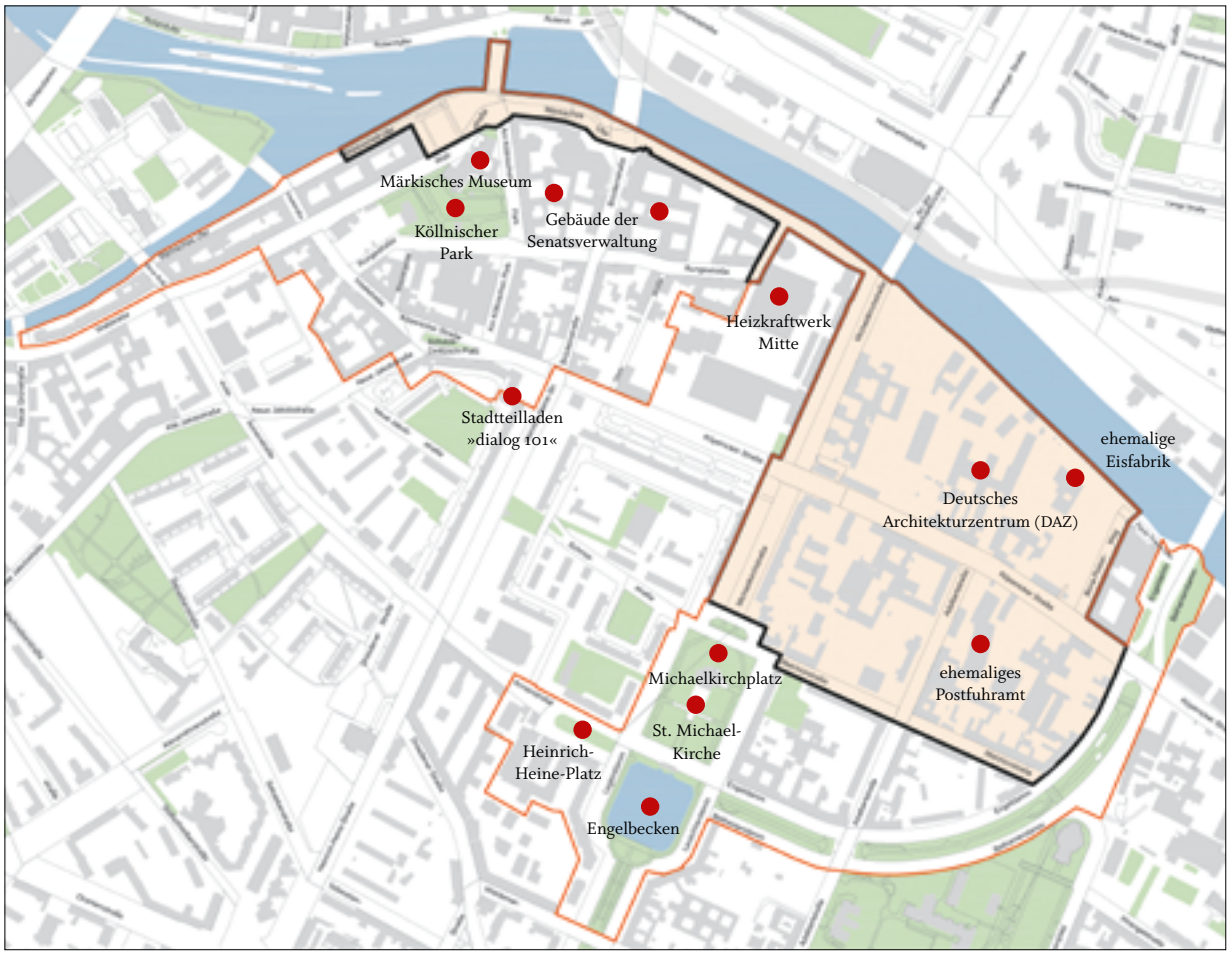
Höhn wurde 1839 im Oderbruch im Dorf Güstebiese, dem heutigen Gozdowice geboren und eigentlich war es ihm vorbestimmt, wie sein Vater Müller zu werden. Im Preußisch-österreichischen Krieg zeichnete er sich durch besondere Tapferkeit aus, weshalb ihm die Militärlaufbahn eröffnet wurde. Eine Erkrankung der Stimmbänder ließ ihn zur Berliner Polizei wechseln.
Seine Zuverlässigkeit, sein persönlicher Mut und sein Diensteifer verschafften ihm die Aufsicht über das Palais des Kaisers Unter den Linden und er wurde Betreuer japanischer Polizeibeamter in Berlin. Seine Delegierung nach Japan war eine besondere Ehre.
1885 kamen die »Polizei-Höhns«, also Höhn mit Ehefrau und Tochter, nach Yokohama und Höhn richtete in Tokio eine Polizeibeamtenschule ein, die 553 Polizisten ausbildete, die in ganz Japan verteilt wurden. Er organisierte die japanische Polizei nach preußischem Vorbild neu und absolvierte eine beeindruckende Menge an Inspektionsreisen zu Polizeistationen und Gefängnissen in ganz Japan. Von seinem großen Einfluss auf die fernöstlichen Freunde und Helfer zeugt der Ehrentitel »Vater der japanischen Polizei«.

Das viele Geld, das er verdiente (sein Gehalt von 450 Yen war fünfmal so hoch wie die Aufwandsentschädigung eines japanischen Abgeordneten im Unterhaus) musste er zum Großteil für Würste, Grünkohl und Saurippchen in Konserven ausgeben, die er sich aus Deutschland schicken ließ, weil er das japanische Essen nicht vertrug. Er führte Tagebuch und zeigt sich in seinen Aufzeichnungen als Kind seiner Zeit mit einer eher hochmütigen Sicht auf die Japaner, in diesem Fall ging es um eine Feuerspritze:
»So sind sie eben, die Japaner, erst bezahlen sie 400 Yen für eine Spritze und dann wird dieselbe verliedert.« In Japan wurde mit einer an Ehrfurcht grenzenden Hochachtung von ihm gesprochen. Höhn kehrte erst 1891 nach Deutschland zurück und starb im Jahr darauf. 1894 wurde ihm in Tokio der erste Gedenkstein für einen Deutschen in Japan gewidmet, auf dem zu lesen ist:
»Keinen einzigen der 1820 Tage seiner Tätigkeit an der Polizeibeamtenschule hat er versäumt, selbst Krankheit vermochte nicht, ihn abzuhalten.«

Man erfährt in der Ausstellung über Höhn dann auch die Identität des Lebensretters vom Engelbecken. Höhns Kollege, der Polizeimajor Paul Riege, hat sich in der Zeitschrift »Die Polizei« aus »vergilbten Aktenblättern« erinnert, dass die eingangs beschriebene Lebensrettung von einem Kriminalkommissar Schuchardt vom Fenster aus beobachtet worden war. Erst durch ihn wurde bekannt, dass der Retter kein anderer gewesen war als der Polizeileutnant Höhn selbst, der in voller Uniform dem Knaben nachgesprungen war und ihn unter erheblicher eigener Lebensgefahr geborgen hatte.
Tatsächlich ist mir eine solche Bescheidenheit weder von einem preußischen noch von einem sonstigen Polizeibeamten bekannt und ich bin froh, diesem tapferen Mann hier als Ergänzung zu dem fernen Gedenkstein ein kleines Denkmal aus Papier zu setzen.

Falko Hennig

Der Autor lädt täglich zum Stadtspaziergang »Lilienthal & Co.« ein (Start 15 Uhr, U-Bahnhof Heinrich-Heine-Straße Ecke Köpenicker), 2h, € 12,–, min. 5 Teilnehmer, Anmeldung erforderlich, Telefon (0176) 20 21 53 39, http://falko-hennig.blogspot.de



Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt

Erhaltungsgebiete

Adressen

Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Soziales und Gesundheit: Ephraim Gothe
Müllerstraße 146/147, 13353 Berlin
(030) 90 18-446 00
ephraim.gothe@ba-mitte.berlin.de

Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Fachbereichsleitung: Kristina Laduch,
Tel 901 84 58 45
kristina.laduch@ba-mitte.berlin.de

Sanierungsverwaltungsstelle
Reinhard Hinz (Gruppenleitung)
Tel 901 84 58 53
reinhard.hinz@ba-mitte.berlin.de
Anke Ackermann, Tel 901 84 57 57
anke.ackermann@ba-mitte.berlin.de
Wolf-Dieter Blankenburg, Tel 901 84 57 21
wolf-dieter.blankenburg@ba-mitte.berlin.de

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen
Referat IV C – Stadterneuerung
Württembergische Straße 6, 10707 Berlin
Joachim Hafen (Gebietsbetreuung Luisenstadt), Tel 901 39 49 19
joachim.hafen@senstadtum.berlin.de

Gebietsbetreuung Luisenstadt (Mitte)
Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement – KoSP GmbH
Schwedter Straße 34 A, 10435 Berlin
Andreas Bachmann, Tel 33 00 28 39,
bachmann@kosp-berlin.de
Urte Schwedler, Tel 33 00 28 44,
schwedler@kosp-berlin.de
www.luisenstadt-mitte.de

Betreuung Programm Städtebaulicher Denkmalschutz beim Bezirksamt
Birgit Nikoleit, Tel 901 84 57 79
birgit.nikoleit@ba-mitte.berlin.de

Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt
Treffen jeden dritten Dienstag im Monat um 18.30 Uhr, Ort bitte erfragen
Ansprechpartner: Volker Hobrack,
Tel 275 47 69, volker.hobrack@gmail.com
bzw: bv.luisenord@gmail.com
www.luise-nord.de

Bürgerverein Luisenstadt
Michaelkirchstraße 2, 9. Etage,
10179 Berlin, Tel/AB 279 54 08
buero@buergerverein-luisenstadt.de
www.buergerverein-luisenstadt.de
Bürozeiten: mittwochs 14–16 Uhr

Mieterberatung für Mieter im Sanierungsgebiet und in den Erhaltungsgebieten
Montag, 15–18 Uhr (jeder 1. und 3. Montag mit Rechtsanwältin)
Pfarrsaal der St. Michael Kirche,
Michaelkirchplatz 16
Kontakt: Mieterberatung Prenzlauer Berg,
Tel 443 38 10
www.mieterberatungpb.de

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat
STÄDTEBAU-FÖRDERUNG von Bund, Ländern und Gemeinden
aktive zentren Berlin
BEZIRKSAMT MITTE VON BERLIN
berlinbaut lebendige Quartiere
be Berlin Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen